

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **33 (1939)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Demokratie zu retten, dem Antichristentum zu widerstehen und für Recht und Menschlichkeit einzustehen. Sein Gedächtnis wird unter dieser tragischen Verklärung stehen.

Das Konklave aber wird von der Frage beherrscht werden, ob ein Papst gewählt werden solle, der sich mit Faschismus und Nazismus so gut als möglich abfinde, oder einer, der entschlossenen Widerstand leiste. Letzteres wäre etwas Großes, es ist aber nicht allzu wahrscheinlich. Dann geht die Katastrophe weiter. Der Kampf aber zwischen Christ und Antichrist oder, wie Masaryk formulierte, Jesus und Cäsar, bleibt auf alle Fälle der Mittelpunkt der kommenden Geschichte.

Leonhard Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik.

15. Februar.

I. Die Judenverfolgung. Nicht viel weniger schwer als die deutsche Judenverfolgung ist die *ungarische*. Sie nimmt nicht die gleichen Terrorformen an, aber sie wirkt nicht viel weniger verheerend. Durch die neuen antisemitischen Maßregeln werden 600 000 Juden zum Teil brotlos gemacht, zum Teil in die äußerste Bedrängnis versetzt. Sie werden nicht nur aus allen Beamtungen ausgeschlossen, sondern auch aus Handel und Industrie verdrängt, um vom kulturellen Leben zu schweigen. Alles zum schwersten Schaden des ungarischen nationalen Lebens. An die Stelle der verdrängten Juden treten meistens Nationalsozialisten.

Ein Bombenattentat, in Budapest auf Synagogenbesucher verübt, das 13 Opfer kostete, veranlaßt gesetzliche Maßnahmen gegen den Terror, die hoffentlich durchgeführt werden.

Danzig weist alle Juden aus und schließt die jüdischen Geschäfte, alles unter den Augen des Völkerbundskommissars Professor Burckhardt.

Das *Evian-Komitee* regt sich wieder. Der dubiose Direktor des Flüchtlingsamtes, *Rublee* (es ist in diesen Völkerbundskomitees offenbar zur Regel geworden, daß man den Bock zum Gärtner macht), hat aus Berlin das große Ergebnis mitgebracht, daß die Juden auswandern dürfen, wenn sie — sich selbst finanzieren. Wobei man ihnen die Finanzen wegnimmt und die vorgeschlagene Regelung wohl nur den Zweck hätte, den Stand des jüdischen Vermögens genauer kennen zu lernen. An Stelle Rublees trete nun der Amerikaner Emerson — hoffentlich ein besserer Mann.

Der augenblickliche Stand der jüdischen Flüchtlingsfrage wird nun so dargestellt: die Vereinigten Staaten wollten jährlich (für wie lange?) 30 000 aufnehmen, Australien in drei Jahren 15 000, die Philippinen 1000, die Republik San Domingo aber sofort 100 000. (Was ist davon zu halten?)

Was die aus Deutschland ausgewiesenen jüdischen Polen betrifft, so dürfen sie zurückkehren, um ihr Vermögen mitzunehmen. Stimmt das wohl?

Zehntausende warten jedenfalls auf die Erlaubnis für die Einreise nach Palästina — drängen sich verzweifelt an seine Tore — während andere auf allerlei Wegen das gelobte Land ihrer Väter „illegal“ suchen.

II. Die allgemeine Flüchtlingsfrage. Es wird von zwei durch die *tšecho-slowakische Regierung* organisierte Auswanderungsaktionen berichtet:

1. Die *tšecho-slowakische Regierung* zahlt der *Jewish Agency* in London 500 000 Pfund (= 10 Millionen Franken) für die Versorgung von 2500 Flüchtlingen.

2. *Wenzel Jaksch*, der Führer der deutschen Sozialisten der Tschechoslowakei, führt eine Aktion für 5000 Flüchtlinge (wohl mehr spezifisch sozialistische) durch. Er bekommt dafür auch 500 000 Pfund von der tschechoslowakischen Regierung.

Ich gebe diese Mitteilung nach den Zeitungsberichten wieder, ohne ihre Richtigkeit kontrollieren und ihre Bedeutung beurteilen zu können.

Weiter wird berichtet: *England* gewährt der Tschechoslowakei ein Anleihen von 16 Millionen Pfund (= 320 Millionen Franken) und bestimmt davon 8 Millionen Pfund (= 160 Millionen Franken) als Geschenk zur Verwendung für die Emigration. Auch diese Mitteilung sei einfach wiedergegeben, in der Hoffnung, daß sie stimme.

III. Deutschland. Im Ursprungsland all dieser Schuld und Not bereitet man neue Höllen vor. Die Gleichschaltung setzt sich fort. Nun soll die *Eheschließung* der Kirche noch weiter entzogen werden dadurch, daß die *Ziviltrauung* feierliche Formen annimmt: Beamte in braunsamtem Talar, Ansprache — und als Bibel „Mein Kampf“.

Die Arbeitsleistung wird toll weiter getrieben, es fehlen aber immer mehr neben den Rohstoffen die Arbeitskräfte.

In bezug auf die *Lebensmittel* fehlt es an Butter, Eiern, Fetten und Fleisch.

In Oesterreich hat das *Zeitungssterben* die „Neue Freie Presse“, das „Neue Wiener Journal“, das „Neue Wiener Tagblatt“ erfaßt.

Von *Göbbels* ausgehende, auf sein „Familienleben“ bezügliche Skandalgeschichten erfüllen das Land. „Aufordnung.“

In New York soll an der geplanten Weltausstellung auch ein „*deutscher Freiheitspavillon*“ errichtet werden, der das „andere Deutschland“ darstelle. Den Vorsitz der dafür bestellten Organisation führt der Bürgermeister La Guardia.

III. Allerlei Weltpolitisches. 1. *Ungarn.* Die Pilgerfahrt des neuen Außenministers Grafen *Csaki* nach Berlin besiegelt den Anschluß Ungarns an die Achse. Die Opposition schließt sich unter dem Namen: „Christlich-oppositionelle Unabhängigkeitspartei“ zusammen.

Das Kabinett Imredy ist zurückgetreten.

2. *Belgien.* Die Regierung *Spaak* stürzt wegen der Stellung zu der Person des Dr. Martens, der während des Weltkrieges wegen Beteiligung an der landesverräterischen Bewegung zum Tode verurteilt worden war. Spaak wird von ehemaligen Kombattanten tödlich beleidigt.

3. *Finnland.* Rußland reklamiert wegen der Befestigung der *Aaland-Inseln*. Wem soll diese nun eigentlich zugute kommen?

4. Der König *Faruk* von *Aegypten* wird an einer Versammlung arabischer Notabeln als Kalif ausgerufen.

5. *Syrien.* Der Vertrag mit Frankreich, der Syrien (mit Rücksicht auf die Weltlage) nicht die erwartete Unabhängigkeit verleiht, ist fortwährend Gegenstand heftigen Kampfes.

6. *Leni Riefenstahl*, berühmter Filmstar und Freundin Hitlers, wird von dem Filmvolk von Hollywood ähnlich abgelehnt wie der Sohn Mussolinis. Diese „Wilden“ sind doch „bessere Menschen“.

IV. Wirtschaftsleben. Die *englischen Arbeitslosen* wissen mit immer neuen Mitteln die Aufmerksamkeit zu erregen.

Mit dem Petroleummagnaten *Deterding* ist eine für unser Zeitalter typische Gestalt verschwunden. Keine erfreuliche und heilsame. Deterding steckte mit seinen Millionen besonders auch hinter dem Faschismus und Nazismus und allen Umtrieben gegen Rußland. Aber nicht aus „Ideologie“, sondern aus greifbaren und riechbaren Interessen.

St. Moritz, wo er gestorben, sei voll Trauer um diesen großen Schädling. Wilhelm Hotell!

V. *Sozialismus*. Der bekannte, bisher dem linken Flügel der Labour Party angehörende Politiker *Stafford Cripps*, der zur rascheren Befiegung Chamberlains eine *Volksfront* befürwortete, ist wegen Indisziplin vom Parteivorstand aus der Partei ausgeschlossen worden. Doch besitzt er in dieser keinen kleinen Anhang. Auch Professor Laski und Ellen Wilkinson stehen zu ihm.

VI. *Naturereignisse*. Das *Erdbeben* in *Chile* mit seinen 25 000 Todesopfern hätte in ruhigeren Zeiten das Herz der Menschheit erschüttert. Jetzt tun die Menschen einander selber sehr viel Schlimmeres an.

Australien hat gewaltige Verheerungen durch Wasser (Ueberschwemmungen) und Feuer (Waldbrände) erlebt.

Die Natur ist nämlich auch noch da!

VII. *Religion und Kirche*. 1. *Katholizismus*. Der päpstliche Nuntius in Berlin, *Orsenigo*, hat als Doyen der fremden Diplomaten beim Neujahrsempfang durch Hitler *München* als „einen heiteren und verheißungsvollen Tag“ gefeiert, an den sich zu erinnern eine „Stärkung der Friedenshoffnung bedeute“. „Dieser Tag, an dem vier Staatsmänner gleichsam unerwartet in Deutschland zusammenkamen, um in schwerer Stunde die für den Frieden entscheidenden Abkommen zu schließen, habe alle Völker mit Freude erfüllt.“ Besonders die Tschechen! Und die Freude geht ja weiter!

Die *Katholische Hochschul-Vereinigung* in Berlin ist verboten worden.

2. *Protestantismus*. Der *Congrès pour le Christianisme Social* in *Montpellier* sei sehr angeregt und geistvoll verlaufen. In den Verhandlungen sonderten sich deutlich je zwei Lager ab: In bezug auf das Wirtschaftsleben eine Denkweise, welche auf dem Boden eines „Neoliberalismus“ der Arbeiterschaft sozialpolitisch weit entgegenkommen, aber die bisherige Wirtschaftsordnung im wesentlichen erhalten will, und eine mehr dem Sozialismus zugeneigte; in bezug auf die Außenpolitik eine die militärische Verteidigung gegen Faschismus und Nazismus betonende und eine mehr dem radikalen Pazifismus ergebene. Berdiajew, Philipp, Förster treten als Redner auf.

Im Kanton Bern wird Professor Eymann als Religionslehrer am staatlichen Lehrerseminar entlassen, weil er die *Anthroposophie* (wohl etwa im Sinne Rittelmeyers?) vertritt. Man weiß, was ich von der Anthroposophie halte. (Ich verweise auf meine Schrift: „*Theosophie und Reich Gottes*“.)

Zur schweizerischen Lage.

13. Februar 1939.

Die Lage der Schweiz in der Berichtszeit wird dadurch charakterisiert, daß sie noch tiefer in die Gefahrenzone gelangt ist oder doch gelangt zu sein scheint, und zwar in jeder Beziehung. Wenn Hitler, mit Mussolini zusammen, sich entschlossen hat, den „Schlag nach dem Westen“ zu tun, sei's in Form von Bluff, sei's allfällig in Form von wirklicher Entfesselung des Krieges, so bedeutet dies für die Schweiz zunächst sehr gesteigerte militärische Gefahr. Man möchte gerne wissen, in welcher Gestalt unsere herrschenden militärischen und politischen Kreise sich diese vorstellen: ob etwa bloß als versuchten deutschen Durchbruch nach Frankreich oder als Vereinigung der deutschen und italienischen Truppen in der Schweiz, mit der Besetzung des Gotthardmassivs oder ähnlich. Zu befürchten ist, daß eine falsche politische Einstellung (und eine andere ist ja bei der obersten politischen „Führung“ so wenig vorhanden als bei der militärischen) schon die rechte Orientierung verhindern wird, um vom wirklichen Widerstand zu schweigen. Inzwischen hat der Bundesrat im Osten eine sogenannte Verstärkung des Grenzschutzes angeordnet und sich Vollmacht zu unauffälliger Teilmobilisation geben lassen. Zugleich ist die Verlängerung des Rekrutenkurses auf vier Monate beschlossen worden. Widerstand dagegen hat es nur von Seiten der Welschen gegeben, mit guten militärischen Gründen, wie mir scheint (ich glaube auch nicht, daß uns so viel Zeit gelassen wird, wie diese Maßregel voraussetzt), aber mit weniger guten politischen, von denen noch zu reden sein wird. Die Frage der

Armeeführung aber ist inzwischen so entschieden worden, wie es auch dem Schreibenden richtig zu sein scheint.

Es ist im übrigen ausgeschlossen, daß wir Antimilitaristen gegen diese Entwicklung zur Militarisation hin direkt etwas tun könnten, etwa durch Ergreifung des Referendums gegen die verschiedenen Formen derselben. Das wäre utopisch und darum sicher auch nicht von Gott gewollt. Was wir jetzt tun können, ist *Warnen*: warnen vor dem *Vertrauen* auf die Waffen, warnen vor der Verlegung des Schwerpunktes der Verteidigung der Schweiz an den falschen Ort, warnen vor der Psychose und Gefahr der Militarisation. Das ist eine sehr große und ernste Aufgabe. Wir müssen jenen *Geist* hüten, der allein die Schweiz retten wird, müssen den Dämonen wehren mit den Waffen, die *wir* haben. Die Stunde für das Uebrige, *unsere* Stunde, im engeren Sinne, wird wiederkommen, vielleicht sehr bald.¹⁾ Und jener großmüthigen, besonders im Munde von Leuten anzutreffenden Behauptung, die sich vor kurzem noch antimilitaristisch gebärdeten, daß *jedermann* ohne Ausnahme mit der heutigen Militarisation einverstanden sei, ist zu antworten: „An euren Stammtischen vielleicht; im stillen gibt es Zahllose, die von alledem nur Unheil erwarten, die aber jetzt schweigen.“

Auch die *politische* Gefahr, die von außen kommt, hat sich der militärischen entsprechend gesteigert. Sie setzt immer wieder bei unserer „totalen Neutralität“ ein. So hat, natürlich nicht ohne Auftrag, ein Dr. Bockhoff in einem offiziellen Parteiorgan, den „Nationalsozialistischen Monatsheften“, neuerdings für die kleinen Völker, besonders aber für die Schweiz, mit „eiskalter Konsequenz“ Folgerungen bedenklichster Art gezogen, die besonders auf eine Nichtduldung der Emigranten und eine Knebelung der Presse hinauslaufen. Drollig ist dabei, daß als besondere Uebeltäter Organe wie die „Neue Zürcher Zeitung“ und die „Basler Nachrichten“ genannt werden. Der Bundesrat hat sich, wie offiziell berichtet wird, daraufhin nach Berlin mit der Bitte um Aufschluß darüber gewendet, wie sich die Regierung selbst dazu stelle. Das Ergebnis ist, wie verlautet, ein *Presse-Abkommen*, d. h. eine Knebelung der Presse im Dienste Hitlers, so wie sie einst in Oesterreich durchgesetzt worden ist und überall durchzusetzen versucht wird. Schon ist vom Verbot bestimmter Organe die Rede; man spricht z. B. von der „Schweizer Zeitung am Sonntag“ der Herren Behrens und Lieb.²⁾ Wir müssen auf Schlimmes gefaßt sein. Motta hat darüber große Sprüche getan und Lofungen ausgegeben, die genau seine eigene Haltung beschreiben, nämlich wie sie *nicht* ist („*Selbstsicherheit und Besonnenheit!*“); er hat wieder einmal erklärt, die Neutralität beziehe sich nur auf den Staat, aber freilich (in cauda venenum) dann hinzugefügt, daß der einzelne Bürger die Neutralität des Staates durch sein Verhalten nicht durchkreuzen dürfe — ein Vorbehalt, der Raum für jede Auslegung bietet. Wobei man immer auch hinzufügt, die Freiheit dürfe nicht „*mißbraucht*“ werden (als ob je ein Tyrann erklärt hätte, er wolle die *Freiheit* abschaffen — es ging immer nur gegen den „Mißbrauch“!) und über Gebrauch oder Mißbrauch selbstverständlich so große und freie Geister wie Motta, Baumann und Stämpfli entscheiden. An dieser Stelle lauert die nächste Gefahr. Es ist Hitlers Wille, alle Kritik an seiner Person und seinem Regime zu ersticken. Diktatoren waren immer empfindlich und um so empfindlicher, je weniger sie selbst etwas wert waren. Heute aber ist das alles zehnfach gesteigert.

Wie das Dritte Reich uns immer ungeheurer kontrolliert, beweist auch das Verbot des deutschen Reichskirchenministers Kerrl an die deutschen Theologiestudenten, die Basler Universität zu besuchen, solange dort Karl Barth lehre.

¹⁾ Der Schreibende hofft, in nächster Zeit eine zusammenfassende ausführliche Darstellung seiner persönlichen Haltung und seiner Auffassung des ganzen pazifistischen Problems der Stunde veröffentlichen zu können.

²⁾ An diese ist inzwischen richtig eine scharfe Verwarnung ergangen, ebenso an den in Genf erscheinenden „Reveil“ des Anarchisten Bertoni. 18. II.

Zu der *Neutralität* noch einmal ein Wort. Es muß jedem, der noch einen Funken Ehrlichkeit, Verstand und Anstand, und vielleicht muß ich noch hinzufügen: Männlichkeit, in sich trägt, klar geworden sein, wie tief wir mit diesem Götzen in den Sumpf geraten sind. Unsere einzige Rettung wäre in dieser Beziehung eine radikale *Abjage*, etwa in der Form: „Es ist selbstverständlich, daß die Schweiz eine Politik des *Friedens* verfolgt, die niemanden bedroht, aber ebenso selbstverständlich, daß sie dabei ihren *eigenen* Weg geht, den Weg der *Freiheit und Demokratie*.“ Sofort wäre unsere Lage gebessert und viel von dem verlorenen Kredit wiedergewonnen. Statt dessen flüchtet man sich besinnungslos hinter diesen Götzen, der doch nicht helfen kann; statt dessen wird atemlos weiter von der Neutralität geredet und daran herumdefiniert — ein Zeichen unserer Geistverlassenheit. Auch jene jungen Greise, Doktores phil. oder iur., die jetzt mit gewichtiger Miene ihre altkluge Stimme erheben, wissen nichts Gefheiteres zu verlautbaren. Weil sie eben Greise und geistlos sind. Denn Jugend und Geist sind nicht neutral. Und je mehr man redet und definiert, desto mehr wird offenbar, daß man eher die Quadratur des Zirkels zustande bringen, als klar machen kann, wie ein Staat und Volk als Ganzes total neutral sein können, während ihre Bürger es nicht sind. Ich warte auf noch mehr ehrliche, anständige, wirklich junge Menschen, die mit dieser Lüge, an der die Seele unseres Volkes erklickt, aufräumen.

Inzwischen hat *Holland* uns eine schallende Ohrfeige versetzt, indem sein sicher nicht des Radikalismus verdächtiger Außenminister Patijn erklärte, Holland gedenke nicht, dem Beispiel der Schweiz zu folgen und sich der totalen Neutralität zuzuwenden; es erblicke nach wie vor in der *kollektiven Sicherheit* den Schutz der kleinen Staaten. Was nur Torheit, gepaart mit Feigheit und Unehrllichkeit (nämlich faschistischen Neigungen), übersehen kann.

Aber wir dürfen ja ruhig sein. Denn wie sagt die „Nationalzeitung“? „Unsere Außenpolitik ist wie Stahl (!), geschmeidig und hart zugleich“!!

Schlimmer als die Zumutungen von außen ist selbstverständlich eine falsche eigene Haltung. Vor allem der Fortschritt der *diktatorischen Methoden*, die eine fortwährende Aufhebung der Schweiz bedeuten, während die Luft voll ist von der Lofung der Landesverteidigung. In der Art, wie neuerdings Bundesrat Baumann das sogenannte Staatsschutzgesetz gegen eine sehr ungefährliche welsche Interpellation verteidigte und erläuterte, trat wieder ein Geist zutage, der sogar bürgerliche Organe entsetzte. Dem Schreibenden ist darin als besonders widerwärtig aufgefallen, wie Baumann, wenn er von Schutzmaßnahmen redete, immer erklärte: „Gegen links und rechts“, wobei man leicht merkte, wohin *sein* Ingrimme gehe. Und nun ist zu sagen: Solch ein Mann, der die Gefahr, die der Schweiz von den paar sich ängstlich hinter die Rockschöße der Sozialdemokratie oder wer es nur ist — es könnten auch Priester sein — drückenden Kommunisten droht, für ebenso groß, ja sogar größer hält, als die von Nazismus und Faschismus herkommende, steht hoch oben an der Spitze der politischen „Führung“ der Schweiz! Was ist da zu erwarten?

Jene stählerne „Geschmeidigkeit“, welche die „Nationalzeitung“ an unserer Außenpolitik rühmt, hat der Bundesrat neuerdings in dem Verbot des wirtschaftlichen *Boykottes* der Diktatorländer bewiesen.¹⁾ Diesmal hatte Japan reklamiert, und zwar wohl wegen des von der Weltaktion für den Frieden (RUP) gegen es proklamierten Boykottes. Es ist in Zürich eine Gesellschaft mit der Firma „Ueberseehandel“, die sich durch das Vorgehen der Weltaktion bedroht fühlte und den japanischen Gesandten auf die Beine brachte. Diese Firma soll im Laufe des Jahres 1938 für 7 Millionen Franken Werkzeugmaschinen nach Japan geliefert haben, natürlich für militärische Zwecke. Sobald verhindert werden soll, daß die Schweiz Japan die Mittel für die Hinmordung chinesischer Frauen und

¹⁾ Das Komitee der Weltaktion (RUP) hat in einem ausführlichen Schreiben gegen diesen neuesten Akt der Diktatur und Parteinahme für die Diktaturen protestiert.

Kinder, wie der chinesischen Freiheit, liefern hilft, so muß der Bundesrat natürlich sofort einschreiten.¹⁾ Wenn in diesem Falle noch die „Geschmeidigkeit“ unserer Außenpolitik zur Geltung kommt, wenigstens gegen Japan, so die „Härte“ in dem Verhalten gegen die *Flüchtlinge*. So sollten 20, sage: 20 schwerkranke deutsche Emigranten in die Schweiz gebracht werden, um hier vorübergehend in Heilanstalten verpflegt zu werden. Die Kosten waren privatim garantiert. Viele setzten sich dafür ein. Siehe da: Baumann verweigerte die Einreise, mit Argumenten so nichtig, daß es nicht der Mühe wert ist, davon zu reden.²⁾ Die „Härte“ kommt ebenfalls in der Verfügung zum Vorschein, daß jeder Emigrant, der nicht das Visum des Schweizerkonsuls seines Landes im Paß trage, rücksichtslos zurücktransportiert werde. Man bedenke, was das bedeutet!

In diesen Fällen ist natürlich immer auch „Geschmeidigkeit“ dabei, nämlich gegen die *Gewalttäter*, „Härte“ aber wird gegen die *Schwachen* angewendet. Für solche „Härte“ aber gibt es noch ein *Gericht*. Eine *Kirche*, die das den Magistraten *nicht* sagt, verfällt ebenfalls dem Gericht. Die *Bibel* sollte sie jedenfalls von den Kanzeln entfernen.

Seine diktatorische Praxis pflegt der Bundesrat mit der Bestimmung des Artikels 102 der Verfassung zu decken: „Der Bundesrat wacht über die äußere Sicherheit usw. der Schweiz“, aber er unterschlägt wissentlich, daß es vorher heißt: „innerhalb der Schranken der gegenwärtigen Verfassung“, was sofort die meisten jener Maßnahmen als verfassungswidrig, weil nicht in der Kompetenz des Bundesrates liegend und gegen durch die Verfassung gewährleistete elementare Volksrechte verstoßend erscheinen läßt.

Zu diesem immer erneuten diktatorischen Gebahren wird der Bundesrat freilich durch die Indolenz des Volkes ermuntert, wie sie auch in der letzten eidgenössischen *Abstimmung* zutage getreten ist. Das Verfassungsgericht ist mit rund 340 000 gegen 140 000 Stimmen verworfen worden, bei allerdings nur 33% Beteiligung. Wie jeder klare Sinn voraus wissen konnte, hat der Bundesrat dieses Ergebnis als Billigung seiner Praxis gebucht. Das Hauptverdienst an diesem Sieg des Bundesrates und seiner Diktatur kommt wieder, wie sich's gebührt, der *Sozialdemokratie* zu. Sie wird wohl auch die Hand im Spiele gehabt haben, im Sinne des „Kuhhandels“ um den Bundesratsitz, wenn die *Dringlichkeitsinitiative* mit wichtigen Gründen zugunsten des dem Bundesrat gefälligen Vorschlages zurückgezogen wurde. Oder nicht? Daß der Bundesrat zum Dank dafür sowohl die

¹⁾ Auch die Aluminiumgesellschaft *Neuhausen* liefere jährlich um 3 Millionen Material für die solches Werk tuenden japanischen Flugzeuge, wie übrigens auch in wohl größeren Massen für die deutschen.

²⁾ Dazu aufgefordert, habe auch ich, nicht ohne Widerstreben, Herrn Baumann zur Unterstützung jenes Gesuches geschrieben und kann es nicht unterlassen, den Brief abzdrukken.

Zürich, 24. Januar 1939.

An den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes,
Herrn Bundesrat J. Baumann.

Hochgeehrter Herr Bundesrat!

Der Unterzeichnete ist von dem Hilfskomitee für Emigranten aus Deutschland in Prag gebeten worden, bei Ihnen ein Wort dafür einzulegen, daß sein Gesuch: die Schweiz möchte zwanzig kranke Flüchtlinge bei sich aufnehmen, bewilligt werde. Er fühlt sich verpflichtet, diese Bitte zu erfüllen. Mit einem erneuten Studium des Gesetzes Moses beschäftigt, stößt er immer wieder auf die Aussage, daß das Schicksal eines Volkes sehr entscheidend auch davon abhängt, wie es die Fremdlinge behandelt. Vor dem Richterstuhl Christi aber wird die Frage gestellt: „Ich bin als Fremdling zu euch gekommen — habt ihr mich beherbergt?“

Achtungsvoll ergeben

Dr. Leonhard Ragaz.

Volkswahl des Rates, als die Erhöhung seiner Mitgliederzahl abgelehnt hat, gehört zu jener Form des Lohnes, welcher der Sozialdemokratie für ihre Dienste bezahlt wird und mit dem sie zufrieden zu sein scheint.¹⁾

Wenn auf diese Art die Schweiz abge schafft wird, zum Teil unter dem Vorgeben, sie zu verteidigen, so ist die vielleicht noch größere Gefahr die einer Denkweise, welche die *gesinnungsmäßige Gleichschaltung* mit Nazismus und Faschismus bedeutet. Sie ist in mannigfacher Gestalt vorhanden.²⁾ Die „Nation“ hat sich das große Verdienst erworben, nachzuweisen, wie die durch den bekannten Direktor Haas vom entschlafenen „Bunde vornehmer Herren“ geleitete „Mittelpresse“, welche 320 schweizerische Zeitungen bedient und zum Teil fast allein journalistisch ernährt (und deren Wirksamkeit wir selbst oft genug zu kosten bekommen haben), durchaus im Dienste einer jenen Mächten sympathischen Außenpolitik wie der entsprechenden Innenpolitik steht. Ähnliches gilt vom „Schweizerischen Preßtelegraphen“. Ebenso auch etwas derartiges, durch Verlagen der Gegenaktion, vom Radio. Ein Redaktor der nazistischen „Neuen Basler Zeitung“, Zeugin, sei in den Dienst der Pressestelle des Offiziersvereins getreten. Demgegenüber hat es wenig zu bedeuten, wenn der Frontist Benno Schächli wegen die Wahrheit fälschender Bedienung der nazistischen Presse verhaftet wird. Es ist immer wieder zu sagen: Nicht von dort kommt die große Gefahr!

Diese Gefahr wird viel akuter, wenn schweizerische Arbeitsämter den Arbeitslosen gut bezahlte *deutsche Arbeitsstellen* anbieten können; wenn Dutzende, ja Hunderte von schweizerischen Uhrenarbeitern nach Pforzheim gehen, um dort für Rußland jene Uhren herzustellen, welche von der Schweiz aus nicht geliefert werden können, weil Herr Motta (dessen Gefühlen ja die Schweiz dienen muß) Rußland nicht liebt; wenn besonders Techniker in großer Zahl über den Rhein gehen und dort bei wohlgeplanter guter Behandlung das Dritte Reich mit den 90 000 schweizerischen Arbeitslosen vergleichen; wenn führende schweizerische Organe zur Beteiligung an den Vorteilen der Kapitalanwendung im vom Dritten Reiche zu kolonisierenden Südosteuropa auffordern. Point d'argent, point de Suisses, positiv gewendet!

Ganz besonders aber tritt uns die dem Herzen der Schweiz drohende Gefahr in ihrem Verhalten zu *Spanien* entgegen. Wenn man den Jubel einer „Neuen Zürcher Zeitung“ über den Fall Kataloniens vernimmt, wissend, daß dieser für die Schweiz unmittelbare Todesgefahr bedeutet, kann man daraus wohl die Sterbeglocke der Schweiz vernehmen.³⁾ Man mag dann lesen, daß der erste durch Franco ernannte Bürgermeister von Barcelona der Direktor der Elektrizitätsgesellschaft „Hispano-Suiza“, Matthieu Pla, ist. Und wenn nun Motta, noch bevor die Republik völlig besiegt ist, sofort zur spanischen Gefandtschaft läuft, um ihr

¹⁾ Der Parteipräsident *Oprecht* geht (in der „Nation“) in seinem Enthusiasmus für die Landesverteidigung und den Friedensgeneral sogar so weit, zu erklären, die Sozialdemokratie sei bereit, *[auch] für religiöse Werte mit der Waffe in den Händen zu kämpfen*. (Von der Red. gesperrt.) Das ist ja eine wunderbare Aussicht: Karl Barth und Hans Oprecht Hand in Hand die „religiösen Werte“ rettend! Leid tut mir nur der arme *Hagenbuch*, der nun wohl auch noch dialektische Theologie studieren muß!

Da ist *Grimm* bescheidener. In der „Roten Revue“ bemüht er sich, zu zeigen, daß zwischen seiner früheren und der jetzigen Politik „*Kontinuität*“ bestehe. Und er hat nicht einmal unrecht: es war immer Konjunkturpolitik.

²⁾ In einer im „Aufbau“ unter dem Titel „Demokratie“ erschienenen Artikelserie stellt Dr. *Max Gerwig* eindringlich und geistvoll eine Anzahl dieser Erscheinungen dar.

³⁾ Es macht sich besonders gut, stimmt aber im Grunde schon, wenn gerade in diesem Blatte jener Professor *Guggenbühl* immer wieder seine trunkenen militärpatriotischen Ergüsse von sich gibt.

die Kündigung in Aussicht zu stellen, und die Stiefel nach Burgos trägt — wer schämt sich da nicht herzinnig, ein Schweizer zu sein?¹⁾

In diesen Zusammenhang muß auch die *Amnestiesache* gestellt werden. Was zur Ablehnung der Amnestie geführt hat, war der wilde Haß der Katholiken gegen die „Roten“ wegen deren vorgeblichen Gottlosigkeit und der bürgerlichen Protestanten wegen deren vermeintlichen Bedrohung des Gottes Mammon — in beiden Fällen aber im Grunde der *Klassenhaß*. Das ist ein Beispiel mehr, das solchen, die noch Augen haben, zeigt, was es mit jener berühmten „*Verständigung*“ für eine Bewandnis hat.

Es ist hier auch auf die Haltung der *Welschen* (d. h. der *reaktionären* Welschen) zurückzukommen. Ihr Widerstand gegen den Bundesrat, soweit er vorhanden ist, beruht leider nicht auf Föderalismus, stärkerem Rechtsgefühl oder besserem politischen Denken, sondern auf einem *Klassengefühl* blödesten und lächerlichsten Art. Sie klagen den Bundesrat nicht mehr und nicht weniger als des „Marxismus“ oder zum mindesten des „Staatssozialismus“ an. Für sie ist der „Marxismus“ der eigentliche Feind. Von hier aus kommen sie zu einer weitgehenden Sympathie nicht nur für Mussolini, sondern auch für Hitler; von hier aus finden sie die deutschschweizerische Sorge vor diesem übertrieben, und *darum* auch die Aufrüstung, nur darum, nicht aus Pazifismus, wahrhaftig nicht. Und *darum* bekämpfen sie ein wenig die Diktatur des Bundesrates, nicht aus Demokratie.

Damit weise ich wieder auf *unsere Hauptaufgabe* hin: *Die Beeinflussung unserer Politik, auch der Militärpolitik, durch das Klassenempfinden*. Es hilft nichts, uns diese Sachlage zu verhehlen. Und es hilft uns kein geheucheltes Gerede von Verständigung. Die ganze Wahrheit und Wirklichkeit der Lage muß aufgedeckt werden; *das allein ist Rettung*.

Einem Menschen, der das alles sieht, kann es nur ein bitteres Lächeln abnötigen, wenn er von einer Stiftung Pro Helvetia hört, die mit 500 000 Franken schweizerische „*Kulturwahrung* und *Kulturwerbung*“ fördern will. Gewiß, es wäre mit den 500 000 Franken einiges Rechte zu machen, wenn sie in die rechten Hände kämen. Aber merkt man nicht, daß „*Kulturwahrung*“ und „*Kulturwerbung*“ ebenso Nazi-Jargon sind, wie „*Einsatzbereitschaft*“ und Ähnliches? Und was heißt „*Kulturwerbung*“? Etwa Wilhelm Hotel ins Kulturelle übersetzt? Oder vielleicht noch Schlimmeres? Echte Kultur *wirbt* nicht, sie schafft; sie ist keusch — *Dirnen* werben.

Ich bin altväterisch genug, zu den schweren Landesgefahren ein Verhalten zu zählen, das den Zürcher Gemeinderat (unter Vorangang der Sozialdemokratie) bewogen hat, während der *Landesausstellung* (die nun auch so eine messianische Farbe bekommt) die *Polizeistunde* von zwölf auf ein Uhr morgens zu verlegen, d. h. faktisch aufzuheben, und dies für die Nacht auf den Sonntag auch formell zu tun. Wer dagegen war und darauf hingewiesen hat, daß 3 % unserer Männer der Alkoholfürsorge bedürfen, hat in diesem Falle Landesverteidigung geübt.

Ich wäre froh, wenn ich statt dieser Dinge *gute* berichten dürfte, aber ich sehe sie nicht — beim besten Willen nicht. Es sei denn jene *wirklichen* Erneuerungsbewegungen, die ich nicht jedesmal wieder nennen kann. Wo aber so etwas auftaucht, grüße ich es mit Freude. So halte ich es für ein gutes Zeichen, wenn Dr. Wick im „*Vaterland*“ die Quintessenz zweier Aufsätze zu dem Satze prägt: „Der Sozialismus lebt weiter dank eines kranken Bürgertums und das Bürgertum lebt weiter dank eines kranken Sozialismus; so ist heute die Sachlage“, und wenn die „*Berner Tagwacht*“ der These Dr. Wicks zustimmt, „der Sozialismus sei im Niedergang, weil seine ethischen und weltanschaulichen Grundlagen verloren gegangen seien“ — was, wie die „*Tagwacht*“ bemerkt, „zeitlich gesehen und bedingt richtig ist“. Wobei freilich abzuwarten ist, ob und wie die „*Tagwacht*“ daraus die Konsequenzen zieht.

*

¹⁾ Vgl. dazu das an anderer Stelle Gefagte.

Es sind einige gute Schweizer von hinnen gegangen: *Maria Waser*, eine Vertreterin solider und edler Geistesart, *Max Bircher*, der berühmte Lebens-Reformer, *Carl Schröter*, der liebenswerte Freund und Hüter unserer Alpennatur. Diese Menschen haben die Schweiz „verteidigt“, ohne daran zu denken, einfach weil sie an ihren Posten Tüchtiges, ja Hervorragendes leisteten. *Darauf* kommt es an. Wir brauchen solche Menschen — Ehre sei ihnen! Aber wir hätten dringend auch *große* Menschen nötig — und zwar besonders solche des *öffentlichen* Lebens.

Ein Nationalheld? Man hat neuerdings, einen Anlaß vom Zaune reißend, das Bedürfnis empfunden, *Jürg Jenatsch* als bündnerischen Nationalhelden auszustaffieren und ans Licht zu stellen. Dagegen muß Einsprache erhoben werden. Der Schreibende hat zwar einst auch diese Auffassung ein wenig geteilt, obgleich nie ganz. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß Jenatsch sein Bündnerland lieb gehabt, dafür vieles getan und gelitten hat, wie daß er in seinen Vorzügen und in seinen Fehlern bündnerisches Wesen, aber nicht *das* bündnerische Wesen, verkörpert. Auch bleibt Konrad Ferdinand Meyers „Jürg Jenatsch“ eine sehr schöne Dichtung. Herrlich ist seine Darstellung graubündnerischer Landschaft und Volkstatur. Auch ich bin dafür dankbar.

Aber am wenigsten hat mir daran von jeher die Gestalt des Jenatsch gefallen. Sie kam mir auch in den Zeiten, wo ich Jenatsch weniger scharf ablehnte als jetzt, gewaltig *idealisiert* vor. Ich bin dann aber durch Nachdenken und Reifung dazu gelangt, Jenatsch als bündnerischen Nationalhelden aufs entschiedenste abzulehnen.

Um sofort meinen Hauptgrund zu nennen: *Ein Mann eines doppelten schweren Verrates eignet sich schlecht zum Nationalhelden*. Und einen solchen doppelten schweren Verrat hat Jenatsch begangen. Einen Verrat hat er, der ehemalige leidenschaftliche Prädikant, an seinem *Glauben* begangen. Man verstehe mich, bitte, recht: sein Uebertritt zur katholischen Kirche *müßte* nicht Verrat sein. Aber er ist zugestandenermaßen ohne jede Ueberzeugung, aus rein politisch-opportunistischen Motiven vollzogen worden. Und vielleicht schwerer noch war sein Verrat an *Herzog Rohan*, dem heldenhaften Verteidiger von La Rochelle, dem eigentlichen und wirklichen Retter Graubündens, einer der edelsten Gestalten der Geschichte, deren Hülle würdig ist, in St. Peter in Genf zu ruhen. Ich nenne nur diese Doppeltatsache und lege nicht Nachdruck auf die verschiedenen, rein persönlichen Motiven entsprungenen *Meuchelmorde*, welche das Bild von Jenatsch beflecken, obschon auch diese ihn nicht gerade zum Nationalhelden geeignet machen, sondern betone nochmals: es stünde übel um die Seele eines Volkes, wenn ein solcher Mann des Verrates sein — Vorbild wäre.

Aber hat er seinen Doppelverrat nicht um des *Vaterlandes* willen begangen?

Wenn das der Fall wäre, so würde ich antworten: niemals dient ein Verrat einem Land und Volke. Aber ich leugne auch die behauptete Tatsache. Jenatsch hat damit Jenatsch-Politik, nicht Bündner-Politik gemacht. Es ist ein *fable convenue*, daß er Bünden gerettet habe.

Nochmals: Bünden gerettet hat der hochedle und geniale, verratene *Rohan*, der tiefgläubige Protestant. Es ist lächerlich, zu tun, als ob die Franzosen ohne diesen Verrat dauernd im Lande geblieben wären. Sie wären etwas länger geblieben, gewiß, aber es ist höchst wahrscheinlich, daß dabei zuletzt für Graubünden bessere Bedingungen herausgekommen wären, als die demütigenden und verhängnisvollen, die Jenatsch durch seinen Doppelverrat erkaufte hat.

Jenatsch ist *nie* als bündnerischer Nationalheld anerkannt worden. Gottlob! Die edelsten seiner bündnerischen Zeitgenossen, Männer, die Bünden auch liebten und etwas von Politik verstanden, haben ihn aufs schärfste abgelehnt. Ich nenne nur den ehrwürdigen Pfarrer Gabriel von Ilanz. Das Volk hat ihn in seiner Masse abgelehnt. Es hat Interesse für seine abenteuerliche Gestalt und Existenz gehabt und einiges an ihm bewundert, aber es hat ihn als Gesamterscheinung verurteilt. Gottlob! Hat ihn nie als bündnerischen Nationalhelden betrachtet. Der bleibt

Benedikt Fontana. Daran wird hoffentlich nichts geändert. Jenatich schlafe in Frieden, aber als Nationalhelden lehnt jeder ernsthafte Bündner ihn ab — einft, jetzt, immer! Den Helden macht die *Treue*, nicht der Verrat.

Mitteilung. Neu erschienene Schriften: Schriftenreihe des RUP:

Nr. 1: *Die Schweiz und das tschechoslowakische Schicksal* von Anna Siemsen.

Preis Fr. —.30, beim Bezuge von 20 Exemplaren Fr. —.25.

Nr. 2: *Hitlers Außenpolitik*. Authentifch. Nach „Mein Kampf“.

Preis Fr. —.40, beim Bezuge von 20 Exemplaren Fr. —.35.

Die Schriften find zu beziehen beim Sekretariat des RUP (Weltaktion für den Frieden), Gartenhofstraße 7, Zürich 4.

Christentum und Antijemitismus. Von Nikolai Berdiajew. Als Separatdruck zu beziehen beim Sekretariat der Rreligiös-sozialen Vereinigung (Gartenhofstraße 7, Zürich 4). Preis 40 Rp. (bei Bezug von 10 Exemplaren 30 Rp.).

Die Schrift wird gegen die Pest des Antijemitismus zur Massenverbreitung empfohlen.

Aus der Arbeit

Volkshochschulheim für Mädchen: Cafoja, Lenzerheide-See.

30. März—8. April: Ferienwoche für Fabrikarbeiterinnen.

*24. April—16. Sept.: Sommerkurs.

*16.—22. Juli: Kunstwoche, geleitet von Carl Fifcher, Bildhauer, Zürich.

21.—30. September: Ferienwoche für Fabrikarbeiterinnen.

*Anfangs Oktober: Singwoche, geleitet von Alfred und Klara Stern, Zürich. (1. Woche der Herbstferien — Zürich.)

*23. Oktober: Beginn des Winterkurses 1939/40.

Während des Sommers finden voraussichtlich folgende Veranstaltungen statt:

* Ferienwochen für Mädchen von 12 Jahren an (während der Sommerferien).

* Arbeitsgemeinschaft für jüngere Mädchen im Ferienhaus (Dauer etwa zwei bis drei Monate ab Mitte April).

Für die mit * bezeichneten Kurse und Wochen find in Cafoja, Lenzerheide-See, Sonderprospekte zu beziehen mit genauen Angaben über Art und Wesen, Daten der Veranstaltungen.

Berichtigungen. Im Januarheft muß es S. 5, Zeile 11 von unten „bricht hervor“ heißen (statt „fließt hervor“); S. 6, Zeile 14 von unten „er“ (statt „es“); S. 30, Zeile 12 von unten „zu dem“ (statt „an dem“); S. 34, Zeile 20 von unten ist „durch eine solche“ zu streichen; S. 38, Zeile 21 von unten ist mit „Sehr tief“ ein neuer Abschnitt zu beginnen.

Durch das *Tom Mooney* falsch zugeschriebene Attentat find 40 Menschen getötet worden.

Redaktionelle Bemerkungen.

Infolge von Erkrankung des Redaktors (Grippe) mußte leider das Erscheinen der „Neuen Wege“ um eine Woche verschoben werden.

Eine Auseinandersetzung mit der Schrift von *Karl Barth*: „Die Kirche und die heutige politische Lage“ kann wegen Mangel an Raum erst im Märzheft erscheinen.